

knappe Lohnerhöhungen bei Preisstabilität und die Ölmilliarden – das alles summiert sich zu Bargeld in den Taschen der Bürger, das für kräftigen Konsum ausgegeben werden kann.

Noch gelten offiziell die Zahlen des Bruttowirtschaftsberichts: Das Bruttonationalprodukt werde in diesem Jahr um drei Prozent steigen, die Zahl der Beschäftigten um rund 300 000. Doch für den Hausgebrauch hat die Bundesanstalt für Arbeit schon einmal durchgerechnet, was auf dem Arbeitsmarkt geschieht, wenn die Wirtschaft tatsächlich kräftiger wächst.

Bei vier Prozent Wachstum wird danach die Zahl der Beschäftigten um 375 000 zunehmen, die Arbeitslosenzahl wird auf durchschnittlich 2,15 Millionen sinken (siehe Graphik Seite 129). Fallen noch die über Achtundfünfzigjährigen, die sich vom Arbeitsmarkt abmelden, aus der Statistik, so wird es im Schnitt nur noch wenig mehr als zwei Millionen Arbeitslose geben.

So ist denn aus der Sicht der Bonner Regierung für das Wahljahr 1986 alles auf das feinste bestellt: Die Wirtschaft wächst wie lange nicht mehr, die Verbraucher können sich wieder etwas leisten, die Ängste, die steigende Arbeitslosenzahlen auch bei Beschäftigten auslösen, schwinden.

Ob es gelingt, dies alles als Erfolg der Regierung Kohl zu verkaufen, ist für die Bonner Wahlexperten allerdings noch längst nicht ausgemacht. Die wirtschaftlichen Erfolge, so haben sie Umfragen entnommen, werden sich nur schwer in Stimmen umsetzen lassen.

„Dankbarkeit“, weiß ein Kanzlerberater, „gibt es in der Politik nicht.“

BAYERN

Gefährliche Büffel

SPD und CSU halten sich gegenseitig ihre Derbheiten vor. Am Ende könnte eine vorzeitige Auflösung des Landtages stehen.

So genau verstanden die Sozialdemokraten gar nicht, was ihnen August Lang im Bayerischen Landtag vorwarf. Die Genossen, so der christsoziale Justizminister Ende Februar, „verbinden“ sich mit Leuten, die „wegen dem ganzen Schweinesystem“ den „Staat zerschlagen wollen“. Oder hatte Lang „verbunden“ gesagt?

Eins wie das andere, egal, empörte die weiß-blauen Sozis dermaßen, daß sie eine außergewöhnliche Strafaktion androhten: Die 71 SPD-Abgeordneten wollen, nach dem denkwürdigen Scharmützel wegen der Proteste gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, den Münchner Plenarsaal verlassen, sobald Lang noch einmal das Wort ergreift.

Nun diskutieren die Christsozialen über einen Gegenschlag. Gerold Tandler, in seiner Doppelfunktion als CSU-Fraktionschef und CSU-Generalsekretär auch oberster Wahlkampfmanager der Partei, gibt zu bedenken, ob nicht gleich der ganze Landtag aufgelöst und die für 12. Oktober geplante Wahl auf Mai vorgezogen werden soll.

Tandler fährt jedenfalls jetzt schon „zweigleisig“ und ist „auf alles vorbereitet“. Am Montag letzter Woche erläuterte er seinen Einfall dem CSU-Vorstand. Parteichef Franz Josef Strauß gab zwar zu Protokoll, er habe prinzipiell eine „andere Auffassung von parlamentarischen Pflichten“, sah aber für Tanders Vorstoß immerhin „gute Gründe“.

Die Boykottandrohung bot der CSU einen offenbar willkommenen Anlaß, über den Wahltermin nachzudenken. So könnte es für die bayerische Mehrheits-



Bayrischer Justizminister Lang
„Wegen dem ganzen Schweinesystem“

partei verlockend sein, sich dem weithin aufgebrauchten Landvolk nicht ausge-rechnet eine Woche nach dem Erntedankfest zur Wahl zu stellen.

Schon hat sich nämlich gut ein halbes Dutzend Bauern- und Öko-Organisationen, darunter der Bund Naturschutz und die katholische Landjugend, zu einer „Bayerischen Agraropposition“ zusammengefunden. Sie protestieren gegen die Politik von CSU-Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, dem sie die Schuld für die Existenznöte vor allem der Kleinbauern geben.

Selbst der jahrzehntelang unionstreue Bayerische Bauernverband liebäugelt diesmal mit einem Wahlboykott gegen die CSU – nach Ansicht von Strauß eine gefährliche „Büffelstrategie“.

Als vorteilhaft könnte es sich für die CSU aber auch erweisen, mit dem Wahltermin nicht allzu dicht an die Bundestagswahlen im Januar 1987 heranzurücken. Je weiter die CSU sich absetzen, je

bayerischer sie den Wahlkampf führen könne, so spekulieren die Strategen, desto weniger gerate die Partei in den Sog der Bonner Krisen und Affären.

Die hauseigenen Skandale sind zwar auch recht saftig: Prominente Christsoziale betätigten sich als eifrige Spendenwäscher, und die Bayerische Landesbank (Präsident: Ex-Finanzminister Ludwig Huber; Verwaltungsratsvorsitzender: Finanzminister Max Streibl) hat über die dubiose Öl-Abschreibungs-firma Mega Petrol mehr als 200 Millionen Mark verwirtschaftet.

Doch damit, glaubt die allmächtige CSU, werde sie schon auf traditionelle Weise fertig. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse etwa, von der SPD reichlich in Stellung gebracht, werden von der schier erdrückenden CSU-Mehrheit stets nach Belieben zurechtgebogen. Als Instrument zur Kontrolle der Regierung taugen sie schon lange nicht mehr.

Die Opposition ist deshalb auf neue Formen der parlamentarischen Auseinandersetzung angewiesen. Ob der Boykott gegen Justizminister Lang sonderlich einträglich sein wird, muß sich allerdings erst zeigen. Auch die SPD hat es in der Vergangenheit schließlich an deftigen Worten nicht fehlen lassen. Prompt legte Tandler vorige Woche eine Sammlung mit „Ausgewählten Äußerungen“ der Genossen vor. Sie speist sich vor allem aus Zitaten des polemisch begabten SPD-Landesvorsitzenden Rudi Schöfberger. Er hatte beispielsweise

den Protest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf gleichgesetzt mit dem Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis. Und an die Adresse der CSU richtete er auf einer SPD-Jubiläumsfeier den Vorwurf: „Ohne euch und eure verdammte Geschichte wären diesem Kontinent möglicherweise zwei Weltkriege mit 55 Millionen Toten erspart geblieben.“

Die Attacke der Genossen könnte also leicht auf sie selbst zurückschlagen. Bleiben die Sozis aber standhaft, wäre eine vorzeitige Auflösung des Landtages leicht zu realisieren: Die ist, nach Artikel 18 der Bayerischen Verfassung, jederzeit möglich – ohne jeden Anlaß und mit absoluter Mehrheit, für die 103 der 133 CSU-Abgeordneten ausreichen.

Persönliche Interessen spielen zum jetzigen Zeitpunkt auch keine ausschlaggebende Rolle mehr. Für ihre Altersversorgung müssen Abgeordnete zwar mindestens eine „Mitgliedschaft von acht Jahren“ nachweisen – wer erst die zweite

Legislaturperiode dem Landtag angehört oder als Parlamentsneuling wieder kandidiert, müßte eine Verkürzung der Frist eigentlich scheuen.

Doch nach freistaatlicher Zählweise, so hat das Landtagsamt bereits wissen lassen, sind, rein pensionsrechtlich, acht Jahre nur „sieben Jahre plus ein Tag“.

GRÜNE

Starker Abgang

Wiesbadener Staatsanwälte erforschen eine Psycho-Affäre bei den hessischen Grünen.

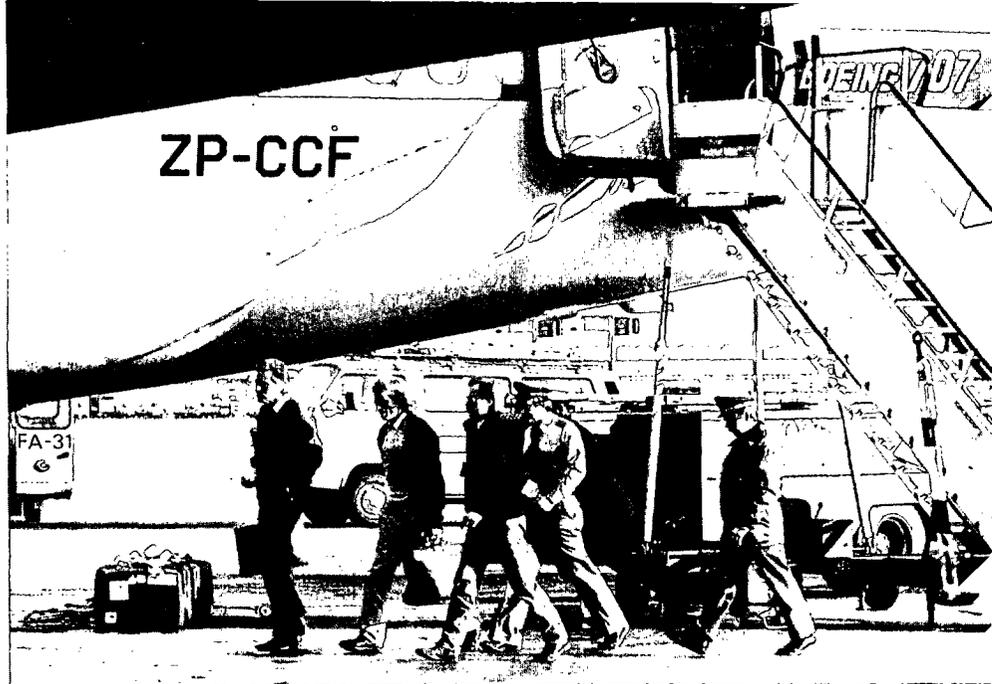
Der Verschollene meldete sich per Luftpostbrief aus der Pension „Casa Ingeborg“ in Paraguays Hauptstadt Asunción – Unterschrift: „Herzlichst Raphael“.

Auf viereinhalb engbeschriebenen Seiten, Poststempel 17. Februar, teilte Raphael Keppel, 37, Assistent der grünen Fraktion im Wiesbadener Landtag, mit, er wisse nicht, wie es ihn in die südamerikanische Diktatur verschlagen habe: „Warum nach Paraguay?“

An den Fastnachtsdienstag, den 11. Februar, erinnere er sich, vage auch an einen Stopp in Rio. Aber insgesamt, gab Keppel an, fehlten ihm vier Tage.

Immerhin: Daß er von einem „Dr. Guarisi“ „mit Spritzen und Pillen“ traktiert worden sei, wußte er noch. Er habe sich, folgerte Keppel, im Landtag „wohl zu sehr um Korruption und Geheimmaterial bemüht“. Deshalb mutmaßte er düster, „daß man mich von offizieller Seite verschwinden lassen will“.

Die abstruse Verschwörungstheorie überraschte den Empfänger der Luftpost, den grünen Landtagsabgeordneten Jan Kuhnert, nicht. Kuhnert, Funda-



Südamerika-Rückkehrer Keppel (2. v. l.): „Warum nach Paraguay?“

mental ist wie der im Oktober letzten Jahres bei den Grünen ausgetretene Keppel und wie dieser ein erbitterter Gegner der grünen Regierungsbeteiligung in Wiesbaden, fühlte sich vielmehr bestätigt.

Schon vor Ankunft der Post aus Paraguay hatte Fundi Kuhnert eine Art grüne Dolchstoßlegende aufgebaut. Bei Staatsanwälten und Journalisten erweckte er den Eindruck, die „mysteriösen Umstände“ bei Keppels Verschwinden seien auf ein Zusammenwirken von grünen Realpolitikern und Verfassungsschutz zurückzuführen. Kuhnert: „Alle Umstände sind so, daß nicht auszuschließen ist, daß Raphael Keppel in irgendeiner Weise Zwang (vielleicht Entführung) bzw. Gewalt angetan wurde.“

Unter dem scheinheiligen Vorwand, „jeglichen Gerüchten vorzubeugen“, bereiteten Kuhnert und seine fundamentalistischen Freunde in einem „öffentlichen Aufruf“ („Wir suchen Raphael Keppel“) die Generalabrechnung mit den ungeliebten Realpolitikern vor.

Dem Appell beigeheftet waren allerlei Kopien. Sie sollten belegen, daß die SPD einer Reihe von Spitzenrealos wie dem Bundestagsabgeordneten Otto Schily, dem hessischen Umweltminister Joschka Fischer und dessen Staatssekretär Karl Kerschgens insgeheim eine „neue hochdotierte Heimat“ versprochen habe, weil sie die Grünen „zur Schwesterpartei der SPD“ machen wollten. Keppel habe sich zuletzt mit Informanten, offenbar aus dem Verfassungsschutz, getroffen. Seither seien die Beweise und Keppel selber „spurlos verschwunden“.

Die merkwürdigen Mitteilungen der Fundis hatten allerdings einen Schönheitsfehler. Das zentrale Begleitdokument, das angebliche Schreiben eines Bundestagsabgeordneten mit geschwärztem Absender, war erkennbar gefälscht: Auf den Briefbögen unter echtem Kopf und Bundesadler war ein maschinenschriftlicher Text mit belastenden Informationen gegen die prominenten Realos einkopiert worden.

Trotz der windigen Erklärungen leitete die Wiesbadener Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein – „wegen des Verdachts der Verschleppung, erpresserischen Menschenraubs und Geiselnahme“. Die Strafverfolger ließen sich zunächst von einem Arrangement beeindrucken, das Kuhnert in Keppels Landtagsbüro vorgefunden hatte.

Der Aktenkoffer war aufgebrochen, sein Notizbuch hatte Keppel zurückgelassen. Verschwunden waren 3 500 Mark, mit denen Keppel angeblich seine

* Am 26. Februar in Frankfurt.



Grünen-Parteitagsredner Keppel (1983): „Kurz vor der Psychose“?